

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zur Wiederherstellung historischer Ortsnamen in der Region Kaliningrad

Resolution der Baltischen Versammlung vom 13. November 1994

(Wortlaut)

Die Baltische Versammlung, der Parlamentsabgeordnete aus Lettland, Litauen und Estland angehören, verabschiedete am 13. November 1994 in der litauischen Hauptstadt Vilnius eine Resolution zur Region Kaliningrad, in der u. a. die Wiedereinführung der historischen, d. h. deutschen Ortsnamen gefordert wird. Angesichts der Tatsache, daß die Region Kaliningrad zur Russischen Föderation gehört, ist dieser Vorgang höchst ungewöhnlich. Entsprechend harsch protestierte Moskau gegen die „offene Einmischung“ in innerrussische Angelegenheiten. Am 8. Februar 1994 hatte, auch dies bemerkenswert, das Europaparlament die Zukunft der russischen Exklave debattiert; vgl. dazu die „Blätter“-Dokumentation „Königsberg in Straßburg“ in: „Blätter“, 4/1994, S. 511 ff. D. Red.

Die Baltische Versammlung ist der Ansicht, daß die Zukunft der Region Kaliningrad ganz Europa betrifft und gemeinsame Aktionen verlangt. Die Baltische Versammlung, davon ausgehend,

1. Schlägt vor, daß die Demilitarisierung der Region Kaliningrad als ein wesentliches Element des Sicherheitsprozesses in Zentraleuropa und des gesamten Kontinents behandelt werden sollte.
2. Unterstützt den Vorschlag einer Resolution betreffend den Respekt für Ortsnamen als kulturelles Erbe Europas und die Wiedereinführung alter Ortsnamen in der Region Kaliningrad, wie sie von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates diskutiert wird. Daher appelliert die Baltische Versammlung an den Baltischen Ministerrat und ersucht ihn nachdrücklich, eine internationale Rundtisch-Konferenz über die Demilitarisierung der Region Kaliningrad und ihre zukünftige Entwicklung einzuberufen.

Dokumente zum Verhältnis SPD/PDS

Die „Rote Socken“-Kampagne der CDU hatte den Bundestagswahlkampf wesentlich strukturiert. Auch nach den Wahlen ist die Frage nach dem Umgang mit der PDS beherrschendes Thema, ihre Beantwortung modelliert die Optionen der Opposition und die Möglichkeiten einer alternativen Regierungsbildung.

Für die SPD wird sie zur - nicht zuletzt selbstgestellten - Gretchenfrage. Wir haben zentrale Dokumente der Abgrenzung und Annäherung von SPD und PDS zusammengestellt: beginnend mit dem offenen Brief des damaligen Vorsitzenden des SPD-Ortsverbandes Leipzig-Mitte Michael Müller, der die Relikte sozialdemokratischer Selbstfindungsbemühungen aufgreift und als Leitlinie gegenwärtiger Politik - vor allem in Ostdeutschland - empfiehlt. Dieser Brief gehört nicht nur zu den Auslösern der Debatte, sondern führte auch zum Ende der Bundestagskandidatur des Verfassers und der Aberkennung seiner Parteifunktionen. D. Red.

Offener Brief von Michael Müller, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Leipzig-Mitte, an alle Mitglieder der SPD und PDS in Deutschland vom 2. August 1994

Liebe Genossinnen und Genossen der SPD und PDS,

die Form dieses Briefes habe ich gewählt, weil wir die offene und öffentliche Diskussion brauchen, unser Verhältnis zueinander und miteinander grundlegend auf neue Füße zu stellen. Dazu braucht es mutige Genossinnen und Genossen in beiden Parteien, die einen langen Atem haben und sich mit diesem Anliegen gegebenenfalls auch gegen ihre eigenen Gremien durchzusetzen verstehen.

Neun Gründe für das Zusammengehen von SPD und PDS:

1. Das politische linke Spektrum in Deutschland ist seit Ende des 1. Weltkrieges heillos zerstritten. Die Klärung und Befriedung dieses Konfliktes wurde, wie jeder weiß, während der Weimarer Republik nicht herbeigeführt, während der Nazi-Diktatur gewaltsam verhindert und mit der Gründung der SED im April 1946 trotz der ideologischen Propaganda der Kommunisten unter Ulbricht eher verschleiert und gegen alle Beteuerungen bis in die Zeit der Wende hinein sachlich nie geklärt.

2. Die Menschen - besonders im Osten des vereinten Deutschlands - erwarten angesichts ihrer Probleme und Sorgen, die der bisherige Vereinigungsprozeß mit sich gebracht hat, eine vereinte, linke, politische Kraft, die der Politik der Konservativen in unserem Lande Entscheidendes entgegenzusetzen hat. „Links“ hat sich für ganz Deutschland als verlässlich, alternativ und mehrheitlich wählbar zu erweisen.

3. Wir haben uns in der SPD endgültig von der Vorstellung zu distanzieren, als wären die ehemaligen Mitglieder der SED und der alten DDR-Parteien von vornherein von undemokratischer und verbrecherischer Gesinnung. Überlassen wir solches undifferenziertes Reden den Wahlkampfparolen der Konservativen. In ihren eigenen Reihen sind nicht nur die Mitglieder aller DDR-Parteien, sondern auch sehr viele ehemalige Genossinnen und Genossen der SED wiederzufinden. Die Konservativen strafen sich mit solchen Parolen selber Lügen.

4. Folgten und folgen nicht die Menschen im Osten wie auch im Westen Deutschlands schon immer den gleichen Opportunitäten im politisch-gesellschaftlichen Leben, um in der Gesellschaft dazuzugehören, nicht ausgeschlossen zu sein, um damit auch an ihren Vorteilen teilhaben zu können? Wenn dies für uns alle galt und gilt, so laßt uns in der SPD alle Vorurteile und mißbräuchlichen Verdächtigungen gegenüber den Genossinnen und Genossen der PDS und ehemaligen Mitgliedern der alten DDR-Parteien ablegen. Wir wollen nach der äußeren, formalen, politischen Einheit den Prozeß der inneren Einheit um der Menschen willen vorantreiben. Das Zusammengehen von SPD und PDS wäre das richtige Signal für die Menschen, vor allem im Osten Deutschlands, auf diese von allen erwartete innere Einheit zu!

5. Auch die Genossinnen und Genossen der PDS stehen auf dem Weg der inneren Einheit Deutschlands vor entscheidenden Herausforderungen. Die Gunst der Wähler aufgrund des sich angestauten Protestes über Jahre hinweg zu stabilisieren, wird sich auf Dauer als Trugschluß erweisen. Der Erfolg bei den letzten Wahlen im Juni wird weniger auf die programmatischen Aussagen der PDS zurückzuführen sein, als auf das Gefühl des Ausschlossenseins und Nichtmitbestimmendürfens des durch die Konservativen gestalteten Vereinigungsprozesses in Deutschland. Sollte z. B. der Koalition in Sachsen-Anhalt jetzt der Erfolg wohlmöglich und ausgerechnet durch machtpolitisches Verhalten der PDS versagt bleiben, werden die Wähler in Deutschland trotz aller zu erwartenden gegenteiligen Beteuerungen zu der Erkenntnis kommen: „Links ist vorerst nicht wählbar!“ Die PDS wäre ihnen ein zu unsicherer Faktor.

6. Machtspiele von Parteien mögen zwar ihr Selbstwertgefühl steigern helfen; nützen tun sie niemandem! Einzig und allein befördern sie Ärger und Unglaubwürdigkeit über die Parteien in der Bevölkerung zum Schaden der den Politikern von den Wählern übertragenen Verantwortung, die sie am laufenden Band auch versprechen zu übernehmen. Das sage ich bewußt auch an die Adresse meiner eigenen Partei.

7. Der über 75 Jahre unbereinigte Konflikt der politischen Linken in Deutschland und die vor uns stehende Aufgabe der politischen Gestaltung des wieder vereinten Deutschlands

gibt uns die Chance und legt uns zugleich um der Menschen willen die Verpflichtung auf, die Einheit der Linken in Deutschland mit Geschick, Mut und Kraft endlich wieder zu verwirklichen.

Wir brauchen uns gegenseitig, sonst werden wir nicht mehr gebraucht! Laßt uns darum der „alten Dame“ SPD das ihr würdige gesamtdeutsche Profil geben. Ideologische Unterschiede oder gar Streitereien haben noch keinen Menschen satt werden lassen, doch kluge und verantwortungsvolle Politik für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft jedem einzelnen spürbar mehr Chancen eingeräumt.

8. Gewiß ist die anstehende Vereinigung bis zu den Bundestagswahlen im Oktober organisatorisch nicht zu erreichen. Fest stehen sollte allerdings, daß die Einheit der Linken nun auf der Tagesordnung steht. Bis zu ihrer Verwirklichung sollte ein breiter Meinungsprozeß in der Öffentlichkeit und besonders unter den Genossinnen und Genossen beider Parteien stattfinden. Beide Seiten sollten sich gegenseitig die Gelegenheiten zu Begegnungen, Gesprächen und zur Überwindung unserer Berührungängste geben. Wir sollten dabei alle Interessierten einladen und mit in diesen Prozeß einbeziehen... Der Prozeß muß von „unten“ her stattfinden.

9. Die Initiative der SPD zur Einheit der Linken kann nur durch die Mitglieder ihrer östlichen Landesverbände ergriffen werden. Ihre volle Bereitschaft zur Einheit bedarf des Konsenses in der ganzen Partei. Mein eindeutiges Signal an die PDS kommt einerseits für viele verständlicherweise zu früh, aber andererseits für manche auch schon wieder fast zu spät. Darum haben wir jetzt in SPD und PDS unter unseren Mitgliedern im Westen wie im Osten Deutschlands eindringlichst für die Einheit der Linken zu werben. Der Zeitpunkt spricht für uns. Der Prozeß dahin wird sich u. U. sehr schwierig gestalten, aber lohnend, spannend und zugleich Kräfte freisetzend sein. Wenn wir uns aber - egal auf welcher Seite - der Einheit der Linken verschließen, werden wir eine historische Chance ungenutzt lassen. Das würde in Zukunft an den Wahlergebnissen ablesbar sein.

Unsere Einheit befördert die Einheit Deutschlands!...

„Jetzt muß zusammenwachsen, was zusammengehört!“ (Willy Brandt)

Dresdner Erklärung der SPD vom 11. August 1994 (Wortlaut)

1. Die CDU hat mit ihrer wirtschaftlich und sozial unverantwortlichen Politik aus dem Glücksfall der deutschen Einheit für Millionen Menschen Arbeitslosigkeit, Angst um die Wohnung und bittere soziale Ungerechtigkeiten gemacht. Sie ist verantwortlich für die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschuldung, die höchste Kriminalität und die höchste Steuerbelastung. Davon versucht die Union mit ihrer „Volksfront-“ und „Rote-Socken-Kampagne“ abzulenken. Das ist ein wahltaktisch durchsichtiges und gefährliches Spiel. Damit kann aber nicht überdeckt werden, daß die Bundesregierung die Menschen in Ostdeutschland jahrelang mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen alleingelassen hat. So wird der Graben zwischen Ost- und Westdeutschen weiter vertieft. Diese Politik führt nicht zusammen, sie spaltet. Die CDU-Kampagne ist durch und durch verlogen, weil sich die Union aus purer Machtgier gleich zwei Blockparteien vereinnahmt hat und sich bis heute um des puren Machterhaltes willen alter DDR-Kader bedient. Die CDU-geführten Landesregierungen haben sich an dieser Politik beteiligt und damit die unsoziale Bonner Politik unterstützt und verlängert.

2. Seit der deutschen Einheit tritt die SPD dafür ein, durch eine aktive Politik die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu erreichen und dadurch die Gräben zu überwinden. Mit unserem 16-Punkte-Sofortprogramm für „Arbeit und Gerechtigkeit“ legen wir ein realistisches und zukunftsfähiges Programm für Ostdeutschland vor. Wer bezahlbaren Wohnraum, zukunftssichere Arbeitsplätze, die Sicherung ostdeutscher Nutzungs- und Eigentumsrechte an Datschen, Grundstücken und landwirtschaftlichen Nutzflächen, wer gerechte Renten und eine angemessene Würdigung seiner ostdeutschen Biographie im öffentlichen Leben wie im Beruf erreichen möchte, der findet dafür Unterstützung und Umsetzung im Regierungshandeln nur bei der SPD.

3. In Brandenburg und in Sachsen-Anhalt werden die Richtlinien der Politik von der Sozialdemokratischen Partei bestimmt. In Berlin arbeitet eine große Koalition unter Beteiligung der SPD. Voraussetzung für eine neue Politik der wirtschaftlichen Restrukturierung, der ökologischen Modernisierung und der sozialen Gerechtigkeit in ganz Ostdeutschland ist es, daß die Wählerinnen und Wähler dafür sorgen, daß künftig auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen die SPD Regierungsverantwortung übernimmt. Eine solche Politik ist nur möglich mit der aktiven und engagierten Beteiligung der Menschen selbst. Die SPD war immer die Partei der demokratischen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, die Partei der sozialen Demokratie. Aber noch immer stehen viele Menschen im Osten Deutschlands im Abseits.

4. Viele drücken ihre Wut, Enttäuschung und Resignation angesichts dieser Entwicklung durch Protestwahl, vor allem durch Wahl der PDS aus. So verständlich es ist, wenn sich Wut und Enttäuschung im Protest ihr Ventil suchen, so sehr appellieren wir doch an unsere ostdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger, weniger auf die größtmögliche Lautstärke des Protestes als auf die größtmögliche Chance zur Realisierung der rechtmäßigen Forderungen und Wünsche der Ostdeutschen zu schauen.

5. Wir setzen auf aktive Gestaltung. Die PDS setzt allein auf Opposition. Die PDS ist die Partei der folgenlosen populistischen Versprechen. Die SPD ist die Partei des sozial gerechten, ökologisch verantwortlichen und wirtschaftlich modernen Handelns. Die PDS ist vor allem die veraltete und überalterte Partei der ehemaligen Staatsfunktionäre, die keinen sauberen Trennungsstrich zu ihrer SED-Vergangenheit gezogen hat und die bis heute nicht offenlegen will, wohin die Milliardensummen ehemaligen „Volksvermögens“ verschoben wurden. Die SPD ist - neben der Partei Bündnis 90 - die Partei der friedlichen Revolution von 1989, des demokratischen Neuanfangs. Es bleibt dabei: Die PDS ist ein politischer Konkurrent und Gegner der SPD. Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage. Dies muß jeder wissen, der den politischen Wechsel in Schwerin, in Dresden, in Erfurt und Bonn will. Die Ablösung der CDU-geführten Regierungen ist mit Stimmen für die PDS nicht zu erreichen. Selbst wenn es der einzelne Wähler nicht will: PDS-Stimmen halten die Regierung Kohl im Amt.

6. Zu wenige unterstützen heute den demokratischen Neuanfang durch ihre Mitgliedschaft und ihr Engagement in einer demokratischen Partei. Dies gilt auch für die SPD, deren Mitgliederzahl im Vergleich aller Parteien alleinig - wenn auch nur sehr langsam - im Steigen begriffen ist. Dies hat - nicht nur, aber auch - damit zu tun, daß viele Menschen in Ostdeutschland unsicher sind, ob sie mit ihrem Leben und ihren Erfahrungen aus der Zeit der DDR jetzt in diesem neuen, größeren Deutschland wirklich gewollt sind und akzeptiert werden.

7. Nahezu fünf Jahre nach dem Fall der Mauer und in einer Zeit fortdauernder Auseinandersetzung um die Vergangenheit möchten wir deshalb heute ein Signal der Versöhnung setzen. Es darf nicht sein, daß das Leben in der DDR für die Menschen in den neuen Bundesländern zu einem Kainsmal wird. Demokratie bedeutet immer die Chance zur Korrektur, zur Umkehr, zu einem Neuanfang, ja zur Versöhnung.

8. Wir erneuern deshalb den Appell, der 1989 bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SPD) in Schwante auch an den Wurzeln unserer Partei in den neuen Bundesländern stand: „Zuletzt - und das heißt an gewichtigster Stelle - rufen wir alle Bürger der DDR auf, zu prüfen, ob sie sich mit unseren Zielen identifizieren können und mit uns für sie arbeiten möchten. Wir laden alle dazu ein. Ohne eine breite Zustimmung und die engagierte Mitarbeit vieler werden wir sie nicht erreichen können. Wer sich nicht mit unseren Zielen einverstanden erklären kann, bestimme seine eigene demokratische Perspektive. Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen. Jeder, der daran mitarbeitet, ist Teil der Hoffnung für dieses Land!“

Rudolf Scharping, Detlef Dzembitzki, Rüdiger Fikentscher, Reinhard Höppner, Wolfgang Klein, Karl-Heinz Kunckel, Steffen Reiche, Harald Ringstorff, Volker Schemmel, Gerhard Schuchardt, Manfred Stolpe, Wolfgang Thierse

Positionspapier der SPD Mecklenburg-Vorpommern zu den Sondierungen mit der PDS vom 25. Oktober 1994 (Wortlaut)

1. Die Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 22 des Grundgesetzes festgelegten Grundsätze werden als unabänderlicher Rahmen für die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern und als Grundlagen aller Politik in Mecklenburg-Vorpommern anerkannt.

Das bedeutet im einzelnen:

- Ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten,
- Bindung von Gesetzgebung, vollziehender Gewalt und Rechtsprechung an die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht,
- die Ausübung der Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, in Wahlen und Abstimmungen,
- die Ausübung der Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung (Gewaltenteilung),
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht.

Die Nichtbeachtung der Grundrechte und der vorgenannten Grundsätze war eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung der DDR. Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

2. Die SPD erwartet, daß sich die PDS ohne Wenn und Aber zu der durch Volksabstimmung legitimierten Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekennt und auf ihre Forderung verzichtet, neben den gesetzlichen Verfassungsorganen sogenannte Runde Tische einzurichten. Die Runden Tische haben in der Phase des Übergangs von der SED-Diktatur zur Demokratie eine wichtige Rolle gespielt. Ihre Aufgabe ist nun auf die demokratisch gewählten Volksvertretungen im Land und in den Kommunen übergegangen.

3. Die SPD erwartet von der PDS die öffentliche Erklärung, daß die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur WED im Jahre 1946 Unrecht war und nur unter Androhung von Gewalt zustande gekommen ist. Die Ausschaltung der SPD im Jahre 1946 wird von der PDS als ein historischer Fehler bewertet, durch den die Demokratie beseitigt und die Diktatur ermöglicht wurde. Die PDS wird sich für die Verfolgung der Sozialdemokraten in der DDR entschuldigen.

4. Die Kräfte, die die o. g. Grundrechte und Grundsätze nicht anerkennen, wie die Kommunistische Plattform, Anarchisten u. ä. Gruppen, dürfen keinen Einfluß auf die Politik des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekommen. Parlamentarische Demokratie und Kommunismus sind unvereinbar.

Antwort der PDS vom 27. Oktober 1994 auf das Positionspapier der SPD (Wortlaut)

1. Die PDS steht auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Sie ist eine die Landesverfassung konstituierende politische Kraft und hat sich ohne Vorbehalt, ohne Wenn und Aber aktiv an deren Ausarbeitung beteiligt. Die PDS achtet die verfassungsmäßigen Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes verankerten Grundsätze, die sie für unveräußerlich hält.

Wir teilen den Standpunkt, daß die Nichtbeachtung von Grundrechten sowie unkontrollierte und unkontrollierbare diktatorische Machtausübung eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung und den Untergang der DDR waren. Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitation.

2. Die PDS bekennt sich zur Landesverfassung, an deren Ausarbeitung sie beteiligt war und die durch den Volksentscheid vom 12. Juni 1994 beschlossen ist. Die PDS hat im Zusammenhang mit der Diskussion um die Regierungsbildung nicht die Absicht, „Runde Tische“ als Institution zu errichten und damit die gewählten Vertretungen auszuhöhlen oder abzuwerten. Sie ist allerdings der Auffassung, daß es im Interesse eines politischen Kurswechsels im Lande und der Möglichkeit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung nötig ist, einen Stil des Regierens im Geiste der Runden Tische von 1989/90 einzuführen: umfas-

sende Konsultation der im Parlament vorhandenen Kräfte und der außerparlamentarischen Kräfte mit dem Ziel der Konsensbildung, mehr Demokratie wagen, Integration befördern, Transparenz von Parlament und Verwaltung. Insbesondere könnten damit auch die politischen Kräfte Berücksichtigung erfahren, die nicht mehr im Landtag vertreten sind.

Die PDS vertritt die Meinung und setzt sich weiter dafür ein, daß die Landesverfassung nachgebessert werden sollte: durch die verbindlichere und stichhaltigere Verankerung sozialer Rechte als Staatsziele, wie sie die Brandenburger Landesverfassung enthält, durch erleichterte Bedingungen für das Zustandekommen demokratischer Entscheidungen im Sinne direkter Demokratie, d. h. Plebiszite, Referenden u. ä., durch weitergehende Bestimmungen über die Öffentlichkeit des Parlaments und der Verwaltung, durch erweiterte Akteneinsichtsrechte und die Möglichkeit der Verbandsklage. Die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit solcher Veränderungen könnte nach Ansicht der PDS durch eine Sachverständigengruppe geklärt werden. Die PDS setzt dabei auf Sachlichkeit.

Im übrigen gestattet es die Landesverfassung ausdrücklich den politischen Kräften, nach Verfassungsänderungen zu streben und dazu die entsprechenden Mehrheiten zu bilden. Darauf verweist beispielsweise direkt die Präambel, in der ausdrücklich als Aufgabe der Zukunftsgestaltung bezeichnet ist, „ein sozial gerechtes Gemeinwesen zu schaffen ...“ Dieser Auftrag der Landesverfassung ist aus unserer Sicht nach wie vor unzulänglich erfüllt und harrt der Gestaltung.

3. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahre 1946 verlieh dem Streben sehr vieler Mitglieder der beiden Parteien nach Gemeinsamkeit und organisatorischer Einheit als Lehre aus dem Faschismus Ausdruck. Ebenso gab es viele Mitglieder der SPD und KPD, die die Vereinigung nicht wollten. Sie wurden erheblichem und ungerechtfertigtem Druck ausgesetzt.

Ob das Wort von der „Zwangsvereinigung“ gerechtfertigt ist, sollte die Diskussion zwischen den Parteien unter Hinzuziehung von Historikern klären.

Es ist bittere historische Wahrheit, daß durch maßgebliche Kreise der SED während und nach der Vereinigung von 1946 Sozialdemokraten Verfolgungen und Repressalien erleiden mußten sowie aus dem politischen Leben ausgeschaltet wurden.

Die PDS insgesamt wie auch der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern haben auf Parteitag seit 1990, in Erklärungen und Verlautbarungen ihr Bedauern hierüber und ihre Entschuldigung dafür zum Ausdruck gebracht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß nicht wenige Kommunisten nach 1945 von denselben oder ähnlichen Repressalien und Verbrechen betroffen wurden wie Mitglieder und Funktionäre der SPD.

Als Rechtsnachfolgerin der SED bekennt die PDS ihre Verantwortung auch dafür und weiß, daß sie diese ihre Verantwortung nur durch eigene Erneuerung und glaubhaftes demokratisches Wirken abtragen kann. Dazu hat sie den festen Willen.

Die PDS betrachtet die Drangsalierung von Sozialdemokraten - wie jegliche politische Ausgrenzungen - als mit ihrer Programmatik und ihrem Wollen für unvereinbar.

Wir vertreten die Auffassung, daß die historischen Prozesse der Vereinigung und der Nachfolgezeit weiter untersucht werden müssen und auch die historischen und aktuellen Bewertungen geprüft werden sollten.

Wir teilen die Auffassung, daß es bei der Vereinigung von KPD und SPD und in der Folgezeit schwerwiegende politische Entstellungen und Entartungen gegeben hat.

4. Die PDS ist eine demokratische und pluralistische Partei, in der es Plattformen, Strömungen und Flügel gibt. So gibt es z. B. eine kommunistische wie eine sozialdemokratische und ökologische Plattform.

Dies steht in völliger Übereinstimmung mit dem Programm und Statut der PDS, die keine Ausgrenzung von Strömungen zulassen, soweit und solange diese sich an die Beschlüsse der Partei halten.

Obwohl der vieldeutig gebrauchte Begriff „Kommunismus“ durch die Praxis und das Scheitern des Staatssozialismus sowie durch den Stalinismus schwer diskreditiert worden ist, gibt es keinen Grund, Kommunisten generell die Fähigkeit abzuspochen, Demokraten zu sein. Sie sind wie andere Menschen lern- und erkenntnisfähig, um aus Vergangenen und eigenem Erleben entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Beschluß des Parteivorstands der SPD zum Umgang mit der PDS vom 5. Dezember 1994 (Auszüge)*a) Zielsetzung*

Die SPD hält an ihrem Ziel fest, die strategische Mehrheit im Deutschen Bundestag zu gewinnen. Diese ist dann gegeben, wenn politisch nur eine von der SPD geführte Regierung möglich ist.

Die knappe Mehrheit der Koalition bedeutet nicht, daß die Opposition fast gleich stark wäre. Die PDS engt die Optionen der SPD ein. Die Fähigkeit der SPD, führende Regierungspartei zu werden, hängt stark davon ab, ob es ihr gelingt, in Ostdeutschland stärkste Partei zu werden.

Dazu muß sie in erster Linie bisherige PDS-Wählerinnen und -Wähler auf ihre Seite ziehen.

Die SPD schließt eine Bündnisstrategie gegenüber der PDS aus. Gegen eine solche Strategie sprechen historische und politische Unvereinbarkeiten, aber auch der Anspruch der SPD, als linke Volkspartei die große, integrierende Bewegung der deutschen Linken zu sein. Innerhalb der Wählerschaft und Mitgliedschaft der PDS gibt es viele, die aus Gründen, die mit der Entwicklung 1989/90 zu tun haben, nicht den Weg zur SPD fanden. Wenn sie überhaupt von einer Volkspartei integriert werden können, dann nur von der SPD.

Die SPD-Ortsvereine in Ostdeutschland können und sollen einen aktiven Beitrag zur Versöhnung leisten, indem sie die politische Integrationsaufgabe übernehmen. Die Grenze ist da zu ziehen, wo aktive Beteiligung an Unrechtstaten vorliegt.

Die politische Verantwortung für das Erstarken der PDS liegt bei der Bundesregierung und den Bonner Koalitionsparteien. Ihre Fehler im Prozeß der Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands haben die PDS überhaupt nur zum Sammelbecken des Protests machen können. Die Maßlosigkeit der Unionskampagne nach der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt hat ebenfalls der PDS genutzt. (...)

b) Politischer Umgang mit der PDS

Mit der PDS muß eine harte inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden. Die PDS ist ein politischer Gegner, der auch seinerseits im Wahlkampf und in der langfristigen Strategie die SPD zu seinem Hauptgegner gemacht hat. Sie ist nicht die linkere Sozialdemokratie, sondern die Nachfolgepartei der SED. Deshalb ist klare Abgrenzung in der Sache nötig, wie sie sich aus den unterschiedlichen Programmen leicht erschließt. Eine solche Abgrenzung in der Sache, wie sie gegenüber allen konkurrierenden Parteien notwendig ist, bedeutet nicht, daß die Wählerinnen und Wähler der PDS ausgegrenzt werden sollen. Es können der PDS auch nicht die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten versagt werden. Das würde sie in eine Märtyrerrolle bringen und vermutlich breite Solidarität in Ostdeutschland auslösen. Normale parlamentarische Kontakte stellen kein Problem dar; sie gehören zu einer funktionsfähigen Demokratie. Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene mit der PDS kommen nicht in Betracht. Wo die SPD an der Regierung beteiligt ist, ist die PDS in der Opposition, wo die SPD selber in der Opposition ist, gibt es keine Koalition in der Opposition. Auf der anderen Seite wird die SPD nicht deshalb auf ihre Initiativen verzichten, weil die PDS möglicherweise zustimmen könnte. Auf der kommunalen Ebene, wo alle Parteien schon aufgrund der Gemeindeordnungen zusammenarbeiten müssen und dies in der Praxis auch tun, ist eine Abgrenzung gegenüber der PDS über die inhaltliche Auseinandersetzung unverzichtbar.

Es kann offenbleiben, ob die PDS nur eine Erscheinung des Transformationsprozesses in Ostdeutschland ist und nach Abschluß dieses Prozesses von selber verschwinden wird. Die offensive Auseinandersetzung ist jetzt notwendig. Die SPD kann nicht zulassen, daß ihre Mehrheitsfähigkeit durch die Existenz einer Partei beeinträchtigt wird, die sich links von ihr in den Parlamenten etabliert. Diese Auseinandersetzung kann und muß selbstbewußt geführt werden. Die Gründungsgeschichte der SPD in Ostdeutschland und die Rolle der SPD als gesamtdeutsche und durchsetzungsfähige Partei bieten Vorteile, die es zu nutzen gilt.